

Danziger Volksstimme



Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 90. — Wk., wöchentlich 22.50 Mk. Durch die Post monatlich 90. — Wk., vierteljährlich 270. — Wk. (freibeihold). In Pommerellen: monatlich 400. — Wk. poln. Währung. Redaktion: Am Spandhau 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 15. — Wk., von auswärts 18. — Wk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Anzeigenzeile 50. — Wk., von auswärts 60. — Wk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhau 6. — Telefon 2790.

Nr. 232

Dienstag, den 3. Oktober 1922

13. Jahrgang

Die Orientkonferenz in Mudania.

Heute soll in Mudania die Vorkonferenz zwischen den Kemalisten und der Entente zusammen treten, um über die (von Kemal nicht anerkannte) neutrale Zone und über Thrazien zu reden, das die Entente anscheinend Griechenland wieder wegnehmen will. Die neue griechische Regierung schickt aber unausgesehene Truppen nach Thrazien, und man fürchtet, daß sie Thrazien nicht widerstandslos räumen, es aber gewiß nicht unverwundet hinterlassen würden. Nach den Abmachungen zwischen Franklin D. Roosevelt und Kemal soll Thrazien sofort unter alliierte Zivilverwaltung kommen und alsbald unter eine Entente-Kommission und kemalistische Gendarmerie. Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge hat aber der Oberbefehlshaber der griechischen Truppen in Thrazien dem alliierten Hauptquartier mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sein werde, die neutrale Zone bei Thakalidha zu respektieren, wenn die türkischen Banden, die sich in diesem Gebiet gebildet hätten, weiter die griechische Front angriffen.

Die Gefahr eines englisch-türkischen Krieges scheint gebannt zu sein. In London erlaubt, daß die Türken ihre Stellungen bei Thakalidha ebenso wie das ganze Meerengen-Gebiet geräumt haben. Sie liegen jetzt nach den offiziellen Berichten mehrere Meilen von den Engländern entfernt.

Neuter schreibt: Angenommen, daß die britische Regierung zu dem Curzon-Poincaré-Fortea-Programm stehe, müßte man zusehen, daß die Türken die Thakalidha-Zone räumen und daß die Griechen ihr Heer aus Ost-Thrazien zurückziehen, vermutlich bis zur Marika-Enklave. Man sei der Ansicht, daß Mustafa Kemal jetzt versuche, jede Art von Feindseligkeit während der Mudania-Konferenz, die am 3. Oktober beginnt, zu vermeiden.

Nach einer Savas-Meldung aus Angora hat die Nationalversammlung die Haltung der Regierung in der Orientfrage einstimmig gebilligt. Die Regierung sei von der Nationalversammlung ermächtigt worden, einen Vertreter zur Vorkonferenz in Mudania und weitere Vertreter zur Friedenskonferenz zu senden.

Bulgarien bleibt neutral.

Die bulgarische Telegraphenagentur ist ermächtigt, die in Belgrader Blättern erschienene Nachricht, daß die bulgarische Regierung im geheimen die Mobilisation mehrerer junger Jahrgangsklassen angeordnet habe, zu dementieren. Ebenso grundlos und tendenziös sei die aus gleicher Quelle stammende Meldung, daß bulgarische Streitkräfte an der jugoslawischen Grenze in der Absicht zusammengezogen wurden, in Mazedonien durchzuziehen. Gegenüber allen Nachrichten solcher Art weist die bulgarische Telegraphenagentur darauf hin, daß die zuständigen bulgarischen Persönlichkeiten erst kürzlich noch ohne jegliche Umschweife erklärt haben, daß die bulgarische Regierung seit Entschlossen sei, gegenüber den Ereignissen im nahen Osten neutral zu bleiben. Alle das Gegenteil behauptenden Berichte seien lediglich Ausflüsse von Intriganten, deren Ziel sei, Bulgarien bloßzustellen.

Konstantins Abreise.

Der abgesetzte König Konstantin hat sich am Sonntag mit seiner ganzen Familie nach Sizilien eingeschifft. Die Abreise gab zu keinen Rundreden Anlass. Der neue König Georg II. gab seinem Vater das Geleit. Der „Figaro“ bringt eine Unterredung des amerikanischen Journalisten Gattai mit dem König, die vor der Umwälzung stattfand und darnach nur noch geringes Interesse hat. Wie sehr sich Konstantin täuschte, geht aus der Bemerkung hervor, Franzosen und Italiener würden ihre Haltung beibehalten, wenn Griechenland wieder so groß sein werde wie zur Zeit Alexanders des Großen. Der König war weit davon überzeugt, daß Rumänien und Serbien sich in den Kämpfen gegen die Türkei beteiligen würden. Gattai erzählt mit Entrüstung, daß Konstantin nach dem Pariser Wahlen und der Saison von Deauville gefragt habe, während er, der Besucher, von den Selbsten der griechischen Bevölkerung sprach, die er auf dieser Reise kennen gelernt hatte. Diese Privatsprache hat ihn empört. Gattai hat die Königin Sophie, die bei der Unterredung zugegen war, über das Unglück ihres Volkes geweint. Dieses frivole Verhalten Konstantins paßt zu den Bildern, die auch andere Monarchen gegeben haben.

Die Völker sind ihnen nur gut genug, um hohe Steuerlasten zu tragen, damit die Könige ein königliches Leben führen können.

Neuter meldet ferner aus Athen, daß Konstantin, bevor er Athen verlassen habe, von dem revolutionären Ausschuss ein Dokument verlangt habe, das ihm bestätigen sollte, daß seine erzwungene Abreise nur zeitweilig sei. Der Ausschuss habe dies abgelehnt und hinzugefügt, daß er auf der Abreise Konstantins und seiner Brüder bestuhe.

Venzelos hat sich bereit erklärt, eine Sondermission in den westlichen Hauptstädten aufzunehmen. Nach Erörterungen in London werde er sich unverzüglich nach Frankreich begeben, um mit den dortigen Staatsmännern zu beraten und dann wieder nach London zu reisen.

Scharfe Stellungnahme Tschitscherins gegen die polnische Außenpolitik.

In einer Unterredung mit Vertretern der jüdischen Presse in Warschau nahm Tschitscherin ziemlich scharf gegen Polen Stellung. Er betonte u. a., daß bei einer Abrüstung es notwendig sei, daß Polen zuerst damit anfange. Tschitscherin beklagte sich über die russisch-polnische Politik, die in den Reihen des polnischen Staatschefs nach Rumänien und den polnisch-rumänischen Verhandlungen ihren Ausdruck fände. Besonders die letzten Abmachungen zwischen Polen und Rumänien hätten große Beunruhigung in Russland hervorgerufen, und diese Spannung könne sich noch verschärfen, wenn etwa Rumänien mit England und der kleinen Entente gegen die Türkei Stellung nehmen würde.

Diese Erklärung Tschitscherins hat in der polnischen Presse große Entrüstung hervorgerufen. „Kurjer Powsenny“ beklagt sich darüber, daß überhaupt polnische Pressevertreter es für nötig gehalten hätten, Tschitscherin zu interviewen. Das Blatt wirft dem russischen Vertreter Mangel an Lebensart vor, die verlange, daß jeder Gast sich artig verhalte und nicht drohe, und nennt die Erklärungen den jüdischen Pressevertretern gegenüber „unanständig“.

Kommunistische Spaltungsbemühungen in der italienischen Sozialdemokratie.

M.T.B. meldet aus Rom: Auf dem Sozialkongress schlug der Führer der Maximalisten Bazzani und der Maximalist Bassani die Ausschließung der rechtsstehenden Sozialisten vor. Der Abg. Jilochi, Vertreter der Mitte, erklärte, die Unzulässigkeit der Maximalisten zwinge auch die Anhänger der Mitte, die stets am Werk der Einheit arbeiteten, gemeinsam mit dem rechten Flügel die Partei zu verlassen. Der Abg. Coratono wies auf die Schäden hin, die aus einer Spaltung der Partei entstünden und erklärte, die Aufgabe der sozialistischen Partei müsse es sein, dem Proletariat dabei zu helfen, günstigere Lebensbedingungen abzuwarten. Der Führer des rechten Flügels, Genosse Treves, sagte, daß die Spaltungsbemühungen mit den anderen Parteien keine ewige Mitarbeit seien, die imstande wäre, dem Proletariat sein Klassenbewußtsein zu rauben. Es handelte sich nur um eine Mitarbeit als Mittel zur Vorbereitung des Klassenkampfes. Er zeigte dann, daß die Theorie der kommunistischen Partei, zu der sich die Maximalisten bekannten, den sozialistischen Traditionen vollständig zuwiderlaufe.

Die Sozialdemokratie gegen den Getreidebewucher

Die Fraktion der vereinigten sozialdemokratischen Partei beschloß gestern in ihrer erstmaligen gemeinsamen Sitzung mit großer Mehrheit, jede Erhöhung des Umlagegetreidepreises abzulehnen. Laut „Vorwärts“ hat Ernährungsminister Hege dem Reichslandwirt eine Bescheidvorlage zugehen lassen, in der eine rückwirkende Erhöhung des Preises für Roggen für das erste Drittel auf 20 700 Mk., also genau das Dreifache des ursprünglichen Preises, vorgesehen ist. Von den nach dem Umlagegesetz abzuliefernden zwei Millionen Tonnen Getreide sind bisher erst 128 000 Tonnen abgeliefert worden, gegenüber 400 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Zum Beginn des Rathenau-Prozesses.

Vor dem Leipziger Reichsgericht beginnt heute die voraussichtlich geraume Zeit in Anspruch nehmende Verhandlung gegen 15 Angeklagte, die sich vor dem Staatsgerichtshof wegen indirekter Teilnahme an dem Attentat zu verantworten haben werden, dem Wal-

ter Rathenau am 24. Juni d. J. zum Opfer gefallen ist.

Das Ergebnis der Untersuchung ist in großen Zügen bekannt. Nach den angestellten Ermittlungen sieht es die Anklagebehörde als erwiesen an, daß der Mord an Rathenau aus fanatischem Antisemitismus und in dem Wahn begangen worden ist, daß durch die Tat eine Erhebung der Arbeiterkraft und nach deren Niederwerfung die Einsetzung einer rechtsradikalen Regierung in Deutschland herbeigeführt werden könne.

Weltkapital und Weltproletariat.

Von Wilhelm Dittmann.

Während unsere nationalstolischen Fasch- und Freyapostel la Hefferich mit lautem Getöse eine Revanchestimmung gegen die Entente, besonders gegen Frankreich, zu erzeugen suchen, knäpfen die kapitalistischen Herrscher des deutschen Wirtschaftslebens, die Stinnes und Genossen, im Stillen die engsten Beziehungen zu den Kapitalgrößen des verärrerten „Reichsbundes“ an. Nachdem Hugo Stinnes zunächst in London verweilt hatte, einen wichtigen Bestandteil des deutschen Volkvermögens, unser Eisenbahngesetz, an das angelsächsische Kapital zu veräußern, hat er jetzt seinen bekannten Vertrag mit Duberac eine Million mit seinem französischen Schwagerbruder geschlossen. Dabei ist zur höheren Ehre des Profits die deutsche Reichsregierung angeschaltet worden. Das Kapital etabliert sich immer unverwundlicher als Herr des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens und verweist die demokratische organisierte Staatsgewalt in die Rolle des Nachwächters.

Gleichzeitig sind wir in eine Periode der Entspannung zwischen den Siegerstaaten und den Staaten der Besiegten des Weltkrieges eingetreten. Die ökonomischen Rückwirkungen der Siegesdikate auf die Siegerländer haben dort allmählich eine Abkehr vom Gewalttoller erzeugt und das wirtschaftliche Denken der kapitalistischen Machthaber wieder die Oberhand gewinnen lassen. Die Verträge der militärischen Gewaltanwendung zur Durchsetzung der Friedensverträge wird abgelöst von einer Periode der internationalen kapitalistischen Verständigung und der „friedlichen“ Verschmelzung der nationalen Kapitalismen zu einem einheitlichen internationalen Weltkapitalismus. Dabei hat die Volkswirtschaft der besiegten Länder vor allem das Objekt dieser kapitalistischen Verbrüderung ist, liegt auf der Hand.

Der Prozeß der wirtschaftlichen Verschmelzung und Verschlingung zwischen dem Ententekapital und dem deutschen Kapital ist schon sehr weit vorgeschritten. Französische, belgische, englische und amerikanische Kapital steckt heute bereits in hohen Beträgen in den großindustriellen Unternehmungen im Ruhrgebiet, im besetzten Rheinland, im Ruhrgebiet und in den großen Werft- und Schiffbauunternehmungen unserer Ostküste. Der Freistaat Danzig und das Memelland sind Einfallstore des Ententekapitals nach dem deutschen Osten, nach Polen und Oberschlesien. Der deutsche Staat und Grundbesitz geht in immer stärkerem Maße in ausländische Hände über. Das in Deutschland investierte Kapital verliert von Monat zu Monat immer mehr seinen spezifisch nationaldeutschen Charakter, wird international. Rund ein Drittel des deutschen Aktienkapitals befindet sich heute bereits in ausländischem Besitz.

Der Kapitalismus der Siegerländer nistet sich immer mehr in das deutsche Wirtschaftsleben ein, überwindet in steigendem Maße die nationalen Grenzen und schranken der besiegten Länder und assimiliert sich seine Konkurrenten, die er im Weltkrieg entmachtet hat. Auf weltwirtschaftlicher Stufenleiter wiederholt sich jetzt derselbe Vorgang, der sich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts im kleineren Rahmen des Deutschen Reiches abgespielt hat. Dem aufstrebenden Kapitalismus war das Gewicht der gegeneinander abgegrenzten deutschen Einzelstaaten ein Hindernis, das er teils durch Verständigung, teils durch Gewalt beseitigte. Er schuf stappweise den Zollverein, den Norddeutschen Bund, das Deutsche Reich, um seinem Ausdehnungs- und Ausbehnungsdrang Luft und Raum zu gewähren. Dabei bediente er sich als gewalttätigen Hebels zur Überwindung der stärksten Widerstände des Krieges. Damals vollzog sich dieser Zentralisationsprozeß unter preussischer Führung. Jetzt hat der Weltkrieg der Entwicklung zum Weltkapitalismus Bahn gebrochen, dessen Kern der angelsächsische Kapitalismus ist.

(Gottlieb's solgt.)

Danziger Nachrichten.

Die Pflichten jedes Sozialdemokraten.

Du sollst an die Sozialdemokratie nicht nur glauben, sondern dir auch sozialistisches Wissen und die sozialistische Weltanschauung zu eigen machen.

Du sollst dich durch aufmerksames Lesen der „Volksstimme“ und sozialistischer Literatur mit den politischen Tagesfragen vertraut machen.

Du sollst deine Arbeitskollegen davon überzeugen, daß weder Phrasen noch gleichgültiges Beiseitensetzen zum Erfolg führen.

Du sollst deshalb bei allen Gelegenheiten für die Sozialdemokratische Partei wirken und ihr neue Anhänger zuführen, damit ihr Einfluß gesteigert wird.

Du sollst keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um neue Geler für die „Volksstimme“ zu gewinnen.

Du sollst bei allen Veranstaltungen der Partei — Versammlungen usw. — für zahlreiche Beteiligung sorgen.

Du sollst nie vergessen, daß du Kämpfer für eine große Idee bist; du sollst daran denken, daß es gilt, unseren Nachkommen ein besseres Los zu erkämpfen, als es uns beschieden ist. Erinnere dich stets der Reiden und Entbehrungen während des Krieges und arbeite mit aller Entschlossenheit an der Seite deiner Parteigenossen, um die Wiederkehr solcher Dinge unmöglich zu machen.

Folgeschwere Schießerei in Brentan.

Eine Frau durch Schuss erschossen.

Freitagabend gegen 7 1/2 Uhr hat sich in Brentan eine Schießerei abgespielt, bei der die Frau des Maurers Werlach einen Schuß in den Unterleib erhielt, aus dessen Folgen die Frau am anderen Tage starb. Verlaß selbst erhielt einen Schuß in den Oberschenkel.

Ueber den behauerlichen Vorfall werden zwei stark von einander abweichende Darstellungen gegeben. Von privater Seite wird der Vorgang wie folgt geschildert:

Frau Werlach hatte am Freitag Geburtstag. Als der Ehemann am Abend von der Arbeit zurückkehrte, wurde der etwa 13 Jahre alte Sohn und seine Schwester nach dem neuen Gasthause geschickt, um Bier zur Geburtstagsfeier zu holen. Unterwegs trafen sie im Dunkeln zwei Männer, von denen der Jüngere annahm, daß es Beamte der Schutzpolizei seien. Er äußerte zu seiner Schwester: „Die Schutzpolizei treibt sich hier auch schon herum.“ Einer der beiden Männer soll darauf den Jungen mit einem Stock zweimal über den Kopf geschlagen haben. Der Anabe teilte dies seinem Vater mit, worauf Werlach und seine Frau ins Freie traten, um die beiden Männer zur Rede zu stellen. Während der Unterredung schoß einer der beiden Männer plötzlich und Frau Werlach brach in den Unterleib getroffen, zusammen. Wenige Augenblicke später brachte ein zweiter Schuß, der Werlach den Oberschenkel durchschlug. Der Vorfall hat sich sehr schnell abgespielt. Die Nachbarn hinstürzten, waren die beiden Männer in der Dunkelheit verschwunden. Frau Werlach wurde am Sonnabend morgen in das städtische Krankenhaus eingeliefert, wo sie am Nachmittag starb. Sie war 30 Jahre alt. Werlach hat nur leichtere Verletzungen erhalten. Der Anochen des Oberleibes ist nicht verletzt.

Die Schutzpolizei gibt über den Vorfall eine Darstellung, die sehr stark von der vorstehenden Schilderung abweicht. Wesentlich ist schon, daß der Bericht über die Ereignisse, die sich am Freitagabend abgespielt haben, erst am Montag nachmittag mitgeteilt wird. Die Schutzpolizei berichtet: Am 29. September 1922, von 6—8 Uhr abends, besaßen sich zwei Beamte der Schutzpolizei im Ritt auf dem Gelände Döhrstrieß, Brentan und Rawikmühle zur Verhinderung von Karteschießereien. Beim Passieren des Dorfes Rawikmühle, etwa gegen 8 Uhr abends, wurden sie durch eine Gruppe Mann, der sich in Begleitung von zwei Mädchen befand, belästigt und bedroht. Der eine Beamte gab in Verbindung mit dem Gefährten dem jungen Mann einen leichteren Schlag mit seinem Spatelstock über das Gesicht. Der junge Mann fiel in ein Haus hinein, während sich die beiden Mädchen entfernten. Nach etwa fünf Minuten hörten sie, daß sie von mehreren Personen verfolgt wurden. Von den Personen, unter denen sich auch eine Frau befand, wurde andauernd ein Mund auf die Beamten gehalten. Der eine Beamte wurde dann plötzlich von hinten überfallen und von einem Manne gemißhandelt. Der andere hielt im ersten Augenblick die übrigen Angreifer zurück, eilte dann auf die Hilfe seines Kameraden diesem zu Hilfe. Der Ueberfallene befand sich vollständig in der Gewalt seiner Angreifer und konnte sich nicht wehren. Der zweite Beamte forderte wiederholt den Angreifer auf, von seinem Kameraden abzuhelfen, wobei er gleichgültig und ohne, von seiner Schutzmaske Gebrauch zu machen zu wollen.

Jetzt sagte der Angreifer in seiner Sprache noch: „Nun werde ich dich töten!“ Der Beamte versetzte ihm hierauf mit einem Schläge mit dem Spatelstock über einen Arm, wobei der Arm zerbrach. Trotzdem ließ der Angreifer nicht von seinem Opfer ab, das immer matter wurde. Als nun auch der zweite Beamte seiner durch andere Personen von hinten angegriffen wurde und einen heftigen Schlag mit einem Harten Gegenstand in den Rücken erhielt, machte er in der Richtung der anderen angreifenden Personen einen Schrei und dann einen zweiten in die Richtung auf den Vater des Verletzten. Nach den Schüssen haben die Angreifer auseinander. Der Angreifer des einen Beamten wurde durch einen Schuß in den Rücken getötet und ein anderer Schuß in den Rücken. Daraufhin schrie der Angreifer des anderen Beamten, woraus die Beamten hätten entnehmen können, daß Personen verhaftet wurden sind, ist nicht gefallen.

Wenig darauf hörten die Beamten, wie eine größere Menge wieder auf sie zueilte. Die Beamten wurden mit Steinen beworfen. Da sie der etwa 15 bis 20 Personen starken Menge bei der herrschenden Dunkelheit nicht

gewachsen waren, ließen sie nun an der etwa 100 Meter entfernten Scheune, wo sie stehen blieben. Als nach einiger Zeit alles ruhig blieb, ließen die Beamten ihren Dienstgang fort. Die um 9 Uhr eintreffende Streife begab sich noch einmal an den Tatort, doch war alles ruhig, auch waren keinerlei Personen mehr anzutreffen.

Da nach der Angabe der beiden Schutzpolisten noch mehrere Personen an dem Vorfall beteiligt gewesen sind, wird sich eine Aufklärung der geschilderten Schießerei wohl ermitteln lassen. Dann wird sich auch zeigen, ob der Bericht der Schutzpolizei der Wahrheit entspricht.

Sozialdemokratische Partei Danzig.

Mittwoch den 4. Oktober, abends 7 Uhr im Saal 5 der Handels- und Gewerbeschule an der gr. Mühle: Große Mitglieder-Frauenversammlung. Tagesordnung: Wirtschaftsprüfung. Referent: Volkswirtschaftl. Ratsherr Dr. Kuchan unserer Presse. Referenten: Genossin Wegnik, Düsseldorf. Genossin! Erbschmidt, Leipzig, und bringt Nachbarninnen und Bekannte mit.

Die Frauenkommission der SPD.

Erweiterung der Volkshöhle.

Da die bestehenden Abteilungen der „Volkshöhle“ trotz ihrer Erweiterung vollbesetzt sind, hat sich der Vorstand in Folge der andauernden Anmeldebildungen gezwungen gesehen, an die Aufstellung einer neuen Serie heranzugehen. Da zu dieser Serie D bereits eine größere Anzahl Anmeldungen vorliegen, soll sie noch im Laufe dieses Monats aufgestellt werden, damit ihre erste Vorstellung ebenfalls noch im Oktober stattfinden kann. Solange die jetzigen Theaterabschlüsse nicht befreit sind, finden die Vorstellungen der „Volkshöhle“ im Stadttheater statt und zwar vorerst Sonntag nachmittags. Da der monatliche Beitrag neben einer einmaligen Aufnahmegebühr von 5 Mark, nur 15 Mark beträgt, wofür jedes Mitglied vollkommen kostenfrei eine gute Theatervorstellung besuchen kann, so bietet die „Volkshöhle“ heute die billigste Gelegenheit zum Besuch künstlerischer Veranstaltungen. Anmeldungen zur Mitgliedschaft können erfolgen im Geschäftslokal, Gesellschaftsplatz 1-2, Zimmer 42, nachmittags von 4—6 Uhr und in den bekannten, durch Plakate kenntlich gemachten Werkstätten. In folgenden Geschäften werden die Mitgliedschaften gleich ausgestellt: Conrad, Altk. Graben 106; Mühlh. Schützenallee 16; Buchhandlung „Volkshöhle“, Spandauer 6, und Buchhandlung Fritz, Kanalar, Hauptstraße 13.

Unverlaubte Rückkehr.

Eine wichtige Ausweisungsbefehl vor dem Obergericht.

Der Strafsenat des Obergerichts hatte sich mit einer Ausweisungsbefehl zu beschäftigen, bei der er auf das Recht der Danziger Regierung politische Bürger auszuweisen und das Hochverratsrecht auf dem Gebiet der Eisenbahn im Freistaat einzuheben genötigt war. Die Ausführungen des höchsten Danziger Gerichts sind von großem allgemeinen Interesse: Ein Mädchen aus Alsterdorf wurde als polnische Staatsbürgerin aus dem Freistaatgebiet ausgewiesen. Nachdem es das Gebiet verlassen hatte, fuhr es am 18. Februar 1922 mit der Eisenbahn nach Danzig und betrat den Wartesaal des Hauptbahnhofes. Es wurde angehalten, unzufrieden in das Freistaatgebiet zurückgeführt zu sein. Die Strafkammer verurteilte das Mädchen am 19. 5. 22 wegen Übertretung des § 101 des StGB. Gegen dieses Urteil legte die Angeklagte Revision ein und machte geltend, daß sie in das Gebiet nicht zurückgeführt war, indem sie in den Wartesaal des Hauptbahnhofes trat. Sie habe sich nur auf einer Durchreise befunden.

Das Obergericht verwurft die Revision aus Rechtsgründen. In der Urteilsbegründung heißt es: Wenn Art. 104 des Friedensvertrages Polen die Heberwahrung und Verwaltung des Eisenbahnnetzes innerhalb der Grenzen der Freien Stadt mit gewissen Ausnahmen sichert und Art. 21 der Konvention zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig vom 15. 11. 20 demgemäß bestimmt, daß mit gewissen Ausnahmen die Schienenwege von Polen zu seinem Nutzen und Nutzen übermacht und verwaltet werden, so folgt daraus nicht, daß Polen die Gebietshoheit über die dem Eisenbahnverkehr dienenden Grundstücke zugeht. Die Grundstücke bleiben in vollem Umfang Gebiet der Freien Stadt. Fraglich konnte nur sein, ob der Aufenthalt der Beschwerdeführerin auf dem Bahnhof bereits ein „Zurückkehren“ in das Gebiet Danzig darstellt? Auch diese Frage ist zu bejahen. Eine unverlaubte Rückkehr liegt schon dann vor, wenn der Täter das Gebiet, dessen Betreten ihm untersagt ist, auf der Durchreise verläßt.

In der Revision war ferner geltend gemacht, daß der Freie Stadt Danzig ein Ausweisungsvorrecht gegenüber polnischen Staatsangehörigen überhaupt nicht zustehe. Sie behauptet damit eine Streithaupt. Aber die in dem Wirtschaftsvertrag zwischen Danzig und Polen eine Einigkeit nicht hat erzielt werden können. Ueber diese Streithaupt ist dann unter dem 10. 12. 21 eine Entscheidung des Oberkommissars ergangen, die aber von beiden Seiten mit der Berufung an den Rat des Völkerbundes angetragen ist. Die daraufhin gelesene Resolution des Völkerbundes datiert erst vom 18. 5. 22, war also bei der am 15. 11. 21 erfolgten Ausweisung der Beschwerdeführerin noch nicht ergangen. Da damals die Entscheidung des Oberkommissars noch nicht rechtskräftig war, so ist unabhängig von dieser Entscheidung zu prüfen, ob der Freie Stadt Danzig am 15. Februar 1922 das von ihr in Anspruch genommene Ausweisungsvorrecht zusteht. Die Prüfung führt zu einer Bestätigung der Praxis. Weder Artikel 104 des Friedensvertrages, noch Artikel 21 der Konvention, auf die Polen sich vor dem Oberkommissar zur Rechtfertigung seines Standpunktes berufen hat, räumen ein Ausweisungsvorrecht Danzig aus. Nach einer Bestimmung soll „Vorsorge zu treffen sein, daß in der Freien Stadt Danzig keinerlei unethische Verhältnisse der Bevölkerung zum Nachteil der polnischen Staatsangehörigen usw. gemacht wird.“ Beide Bestimmungen verpflichten sich Danzig, daß in der Polizeibehörde und Ver-

waltung kein Unbehagen zum Schaden der polnischen Staatsangehörigen gemacht wird.“ Beide Bestimmungen betreffen nur, daß gegen polnische Staatsangehörige keine besonderen Ausweisungsbefehle zur Anwendung gebracht werden dürfen, denen nicht auch andere Ausländer unterliegen, nicht aber, daß sie überhaupt nicht mehr als Ausländer und in allem Danziger Staatsangehörigen gleichzustellen werden. Das Ausweisungsvorrecht ist ein unmittelbarer Ausfluß des Gebietshoheits- und Souveränitätsrechts der Freien Stadt und hat weder durch den Friedensvertrag, noch durch die Konvention ausgeschlossen werden sollen, was Artikel 21 der Konvention, wonach die Fremdenpolizei von Danzig, ausgedrückt wird, noch besonders betont. In denselben Sinn sind denn später auch die Entscheidungen des Oberkommissars und des Völkerbundes ergangen. Der Revision war hiernach der Erfolg zu verweigern.

„In eigener Sache.“

Unter dieser Überschrift hat der Kaufmann Steinbrück im Interzessentell einiger Zeitungen eine Erklärung gegen mich veröffentlicht.

Den Lesern ist bekannt, daß ich im Frühjahr im Volkstage eine Rede über die Korruption im Danziger Roten Kreuz gehalten habe. Ein Gerichtsbescheid gegen diese Reden schwebt noch. Als nun Ende Juli die U.S.P. im Schönhof eine Protestversammlung gegen Ausweisungsbefehl, in der ich das Referat hielt, sprach in der Diskussion unter andern auch Steinbrück, der sich unter Beifall der Versammlung selbst bezeugte als einer derjenigen, auf den meine Rede über die Zustände im Roten Kreuz hingewiesen hätte. Er verlangte von mir eine Erklärung. Diese konnte ich ihm natürlich nicht geben, da ich ja nicht verhindern konnte, daß er sich selbst bezeugte.

Meine Jugendbermerkung vor Gericht geschah in voller Absicht, weil ich diese Komödie nicht mitleide, daß Leute, die ich nie gewohnt habe, sich vom Gericht eine Ehrenrettung erpressen wollen. Es war meine Pflicht als Abgeordneter, Korruptionsüberzeugungen zu geißeln, wie es geschehen ist. Leider sind die Hauptbeteiligten, die ich damals genannt habe, nach Ansicht des Staatsanwalts für unsere Stadt nicht erreichbar, weil sie inzwischen nach Deutschland verzogen sind. Herr Steinbrück hat seine Urteile sich auf hohe Fuß zu legen, da doch der Volkstag sich schon mit seiner Urteilsabgabe beschäftigt hat. Es ist nun mal nicht an unserem, wenn man proletarische Interessen vertreten soll, daß man sich dann mit allen weltlichen Elementen beschäftigt. Ich habe das Vertrauen, daß die Richter mit solchen Gestalten, die gerne eine politische Rolle spielen möchten, gründlich umgehen werden.

J. Kien, Abgeordneter.

Fußballwettspiel Danzig—Gendab 0:1 (4:1).

Von Sonntag trafen sich um 10 Uhr die 1. Mannschaften der Freien Turnerschaft Danzig und Gendab auf dem Heinrich-Heine-Platz. Gendab übernahm sofort die Führung, da Danzig nur mit 9 Mann antrat und konnte nach kurzer Zeit das erste Tor buchen. Danzig hatte sich inzwischen veranlassen und leitete dauernd Angriffe ein, die trotz starker Gegenwehr vorstehendes Resultat zeitigten. Bemerkenswert ist, daß trotz starker Tiefs der Schiedsrichter keinen Anlaß erhielt, verwarnend aber platzverweisend einzugreifen.

Der Platz auf dem Bischofsberg ist zwar tollschön, leider fehlen aber die Tore. Erste Aufgabe des Jugendkomitees muß es sein, dort sofort das Fehlen zu beseitigen; denn bei den heutigen Verhältnissen ist wohl kein Verein in der Lage, die Beschaffung dieser Gerichte auf eigene Kosten vorzunehmen.

Dem Ratstag liegt für seine Sitzung am Mittwoch, den 4. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, folgende Tagesordnung vor: Neuordnung der im Handelsgericht sowie in der Gewerbebehörde vorstehenden Geschäfte. Entwurf eines neuen Güter- und Tierarbeits. Die Bestimmungen über Auslieferung ausländischer Geschäftsleute als Danziger Geschäftsleute. Die Durchführung der Artikel 111—113 des Danziger-polnischen Abkommens (Wohn- und Einbürgerungsrecht). Der Gebrauch der polnischen Sprache bei der Nachprüfung. Die 7. Änderung der Dienstbesatz der unmittelbaren Staatsbeamten. Vereinfachung des Aufgebotsverfahrens. Dritte Beratung eines Entwurfs eines Gesetzes über die Vermögensabgabengesetze sowie des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes. Teuerungsausgleich zur Aufrechterhaltung der Mitglieder des Ratstages und der nebenamtlichen Senatoren. Beratung der Anträge und Beschlüsse gegen die Teuerung und zwar betr. Höchstpreise für Fleisch- und Wurstwaren. Schutz der Bevölkerung vor Heilichwucher. Beitr. den Verkehr mit Holz, Beitr. Sicherstellung der Ernährung der Reichsbevölkerung mit Weizen, Futter und Rohf. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Abänderung der Einkommenssteuer über Änderung der Verordnung gegen Versteigerung. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. das Abgaberecht und die Hinterlassenenversorgung der Mitglieder des Ratstages im Konstant. Nachtrag: Ist als erster Punkt für Mittwoch, den 4. Oktober 1922 noch die erste Beratung des Gesetzesentwurfs zur Abänderung des Gesetzes über Abgaben zum Wohnungsbau auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Eine Herzweilungsgefahr. Mit Was vergiftete sich und ihre zwei Kinder am Sonntag nachmittags die Familie 10 wohnhafte Frau Giese. Als man die Unglücklichen auffand, wurden sie sofort nach dem Krankenhaus gebracht, doch konnte man hier nur noch den Tod der drei Personen feststellen. Die Kinder waren zwei und drei Jahre alt. Heftige Krämpfe hatten die Ursache der Tat sein.

Die Diensträume des 4. Polizeiregiments werden vom 3. Oktober ab von Weimannshausstraße 8 nach Elisabethenstraße 1 verlegt.

Besucht alle Veranstaltungen!

Deutsche Mark :	21	10,75
Amer. Dollar :	1850	1710
Englische Pfund :	8000	7500

burg a. T. wieder zwei Gemälde entdeckt worden die den
selben Stil zeigen, wie die am Rogenä von der Markt-

Innende „Anbetung der Könige“ in Koppfingen. Die Bilder sind vermutlich im Jahre 1382, als Rothenburg protektantisch wurde, übermal worden; da wollte man vom Heiligen Jakob, dessen Martyrium die Bilder darstellten, nichts mehr wissen.

Wasserstands Nachrichten am 8. Oktober 1922.

	1. 10.	2. 10.			
Zewisch	+1.57	+1.55	Augebrack	+1.42	+1.73
	1. 10.	2. 10.	Montaurspitz	+0.93	+1.03
Warfchau	+1.80	+	Pischel	+0.92	+1.03
	1. 10.	2. 10.	Dirschau	+1.06	+1.18
Ploch	+1.12	+1.15	Erfolge	+2.24	+2.22
	2. 10.	3. 10.	Schleimendorff	+2.40	+2.46
Thorn	+1.17	+1.22	Mogau		
Gordon	+1.10	+1.11	Schönan O. P.	+6.48	+6.48
Enim	+1.02	+1.05	Galgenberg O. P.	+4.60	+4.60
Grauberg	+1.15	+1.22	Neuhofersbüsch	+2.00	+2.00
			Anwachs	+	+

Verantwortlich für Politik: Ernst Voops, Danzig;
 für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil: Fritz
 Weber, Danzig; Inferate: Anton Vooken, Danzig.
 Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Die Steuer wird nicht erhoben, wenn die Uebernahme oder Errichtung einer Zweigstelle von einer Firma vorgenommen wird, die seit dem 1. Januar 1890 in Dänzig als Gewerbesteuer veranlagt ist und Gewerbesteuer bezahlt hat.

§ 11.

Diese Ordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Danzig, den 4. September 1922. (7477)

Der Senat.

Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.

ges. Dr. Stehm. ges. Dr. Frank.

Vorstehende Steuerordnung vom 4. September 1922 wird genehmigt.

Danzig, den 28. September 1922.

Der Bezirksausschuß.

ges. Engelbrecht.

Vorstehender Genehmigung des Bezirksausschusses vom 28. September 1922 erteilen wir auf Grund des § 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1908 unsere Zustimmung.

Danzig, den 28. September 1922.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Finanzabteilung. Abteilung des Innern.

I. A.: I. A.:

ges. Winter. ges. Friedrich

Beglaubigt:

ges. Rabath,

Regierungs-Amtmann.

**Weitere Diskonterhöhung der Danziger
Schatzanweisungen.**

In die Reichsbank eine weitere Erhöhung des Diskonts für Reichsschatzanweisungen vorgenommen hat, ist auch der Diskontsatz für die Danziger Schatzanweisungen von 6% auf 7½ Prozent erhöht worden.

Danzig, den 30. September 1922.

Der Senat. Finanzabteilung.

Opernglas zu verk. Offert. u. E. 868 a. d. Exp. d. Volksstimme. (†)	Tausche 2-Zimmerwohn. u. Robin. im Innern d. Stadt geleg. gegen gleiche Wohnung in Langfuhr. Angeb. unter E. 853 an die Exp. der Volksstimme (†)
Weller'spiegel mit Konsle zu verkauf. Angeb. unt. E. 869 an d. Exp. d. Volksstimme. (†)	Alleinlebende ältere Dame sucht möbl. Zimmer. Angeb. unt. E. 865 an die Exp. d. Volksstimme. (†)
Eisener Ofen zu verkaufen, 2. Pflester- gasse 87, pfr. (†)	Baden und Kontor im Innern der Stadt zu mieten gesucht. Für den Nachweis ein. solchen zahlh. Versäntung. Angeb. unt. E. 848 an die Exp. d. Volksstimme. (†)
Sofafisch zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unter E. 873 an die Exp. Volksst. (†)	Unachtelter sucht aut

Onl. erh. Fahrrad
mit Torp., Freil. zu kauf.
gejucht. Angeb. unt. E. 867
a. d. Exped. d. Volksstimme. (+)

Bücherdrank
(nugh.) zu kauf. gef. Ang.
unter E. 871 an die Exped.
der Volksstimme. (+)

Nähmaschine
von Privat, kaufe zu boh.
Preisen. Ang. n. E. 872 a.
d. Exp. d. Volksstimme. (+)

Waldstühle
mit Marmorplatte kaufe
zu Tagespreisen. Angeb.
unt. E. 870 an d. Exped.
der Volksstimme. (+)

Neue Betten,

mobl. Zimmer
Isfort od. 15. Okt. Angeb.
unt. E. 858 an die Exped.
der Volksstimme. (+)

Dame sucht
möbliert. Zimmer
mit Küchenbenutzung
Angebote unt. E. 851 a. d.
Exp. der Volksstimme (+)

Stenographie
Eingelunterricht
Tages- u. Abendkurse
Ditte Siedt, Hauptarten 11

Telephonanschluss
auch Nebenanchluss, tot.
gejucht. Ang. n. E. 850 a. d.
Exped. d. Volksstimme. (+)

Stolze
 oval: Form mit 3 Steinen,
 Ankerken, in der Großen
 Alles verloren gegangen.
 Wiederbringer erhält Be-
 lohnung in der Expedition
 der Dantziger Volksstimme.

Verlangen Sie die
„Volksstimme“
in den Gaststätten!